

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

James Mansfield tritt ab

Mike Mansfield, seit elf Jahren amerikanischer Botschafter in Tokio, hat am Montag vor Journalisten seinen Rücktritt nach dem Präsidentenwechsel am 20. Januar angekündigt. Mansfield, viele Jahre demokratischer Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, war von Präsident Jimmy Carter zum Botschafter in Tokio ernannt worden. Während der handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und Japan war Mansfield in seinem Heimat- und auch in seinem Gastland zu einer aussergewöhnlich bekannten und geachteten Persönlichkeit geworden.

Takeo Miki gestorben

Takeo Miki, der von 1974 bis 1976 japanischer Ministerpräsident war, ist am Montag in einer Tokioter Klinik im Alter von 81 Jahren gestorben. Über die Todesursache gab es zunächst keine Angaben. Miki hatte im Dezember 1974 das Amt des Regierungschef übernommen, nachdem sein Vorgänger Kakuei Tanaka nach schwerwiegenden Enthüllungen über seine finanziellen Affären zurücktreten musste. Als Miki sich für eine rückhaltlose Aufklärung einsetzte, wurde er im Dezember 1976 von Takeo Fukuda, der sein Nachfolger wurde, gestürzt.

Unterstützung aus Kroatien

Im nationalen Streit zwischen Serben und Albanern im jugoslawischen Vielvölkerstaat haben die Albaner Unterstützung aus Kroatien erhalten. Gegen die Führung der Kommunistischen Partei in der meist von Albanern bewohnten Provinz Kosovo werde von Serbien «ein Feldzug» geführt, kritisierte am Montag die wichtigste kroatische Zeitung «Vjesnik». Für die nationalen Spannungen zwischen der albanischen Mehrheit und der serbischen Minderheit im Kosovo seien auch die serbischen und jugoslawischen Partei- und Staatsspitzen verantwortlich.

G-7-Treffen in Paris

Paris (spk/dpa) Vertreter der Finanzministerien der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten (G-7) sind nach unbestätigten Informationen am Montag nachmittag in Paris zusammengekommen, um über die Dollarschwäche nach der amerikanischen Präsidentenwahl zu sprechen.

Das Treffen soll am Rand einer Tagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Montag morgen in Paris ad hoc verabredet worden sein. Von anderer Seite hiess es, die G-7 treffe sich erst am Dienstag. Der amerikanische G-7-Delegierte David Mulford hält sich in Paris auf. Auch der deutsche Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg befindet sich in der französischen Hauptstadt. Neben den USA und der Bundesrepublik Deutschland gehören zur G-7 Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kanada und Japan.



Gestern fand im Vaduzer Saal das 3. Liechtenstein-Seminar statt, das von der Verwaltungs- und Privat-Bank AG und dem Allgemeinen Treuunternehmen organisiert wird. Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Ländern erhielten in Referaten einen Überblick über unser Land, das Bank- und Treuhandwesen. Durch diese Information aus erster Hand soll zur Objektivierung des Liechtenstein-Bildes im Ausland beigetragen werden. (Bild: Beat Schurte)

Informationen über Liechtenstein aus erster Hand

Gestern wurde das 3. Liechtenstein-Seminar durchgeführt – Objektivierung des Liechtenstein-Bildes

Im Ausland herrscht offenbar ein grosses Bedürfnis nach Information aus dem Fürstentum Liechtenstein. Am 3. Liechtenstein-Seminar, das von der Verwaltungs- und Privat-Bank AG und dem Allgemeinen Treuunternehmen durchgeführt wurde, nahmen rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Schweiz, Österreich, Deutschland, aber auch aus unserem Land teil. Das Liechtenstein-Seminar soll durch Informationen aus erster Hand zur Objektivierung des Liechtenstein-Bildes im Ausland beitragen.

Die Themenbereiche des Seminars umfassten auch bei der dritten Auflage Informationen über den Staat, die Wirtschaft, das Gesellschaftswesen und die Banken. Dr. Emil Heinz Batliner, Generaldirektor der Verwaltungs- und Privat-Bank AG, sprach in seiner Begrüssungsansprache von einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Kleinstaat Liechtenstein und nannte für das grosse Interesse, das den Liechtenstein-Seminaren entgegengebracht wird, die Entwicklung der liechtensteinischen Wirtschaft, deren Produkte und Dienstleistungen weltweite Anerkennung erfahren würden. Allein die Zunahme der Bilanzsumme der drei liechtensteinischen Banken in den letzten zehn Jahren von 4,4 Milliarden auf 12,5 Milliarden Franken verdeutlicht die rasche Entwicklung des Dienstleistungssektors, dessen Beschäftigtenzahl im gleichen Zeitraum eine fast sprunghafte Zunahme aufweist.

Der Weg in die Moderne

Das Liechtenstein-Seminar begann mit einer Darstellung von S. D. Prinz Nikolaus «Liechtenstein 138-1988» und endete mit einem Referat von Dr. Gerard Batliner über «Das Fürstentum Liechtenstein und die europäische Integration». Zwischen dieser Klammer mit allgemeinen aktuellen staatspolitischen Fragen setzten die Organisatoren eine Reihe von Referaten, die sich mit spezifischen Fragen des Gesellschaftsrechts, des Bankrechts, des Steuerrechts und den Anlageformen befassten. Während Prinz Nikolaus die Entwicklung des Landes in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht beleuchtete, stellte Dr. Gerard Batliner die aktuellen Fragen der europäischen Integrationsbestrebungen mit Blick auf den «Binnenmarkt 1992» und die Stellung Liechtensteins innerhalb dieses Prozesses in den Mittelpunkt. Der «Weg in die Moderne» ist nach den Ausführungen von Prinz Nikolaus durch einen starken wirtschaftlichen Wandel des Landes gekennzeichnet, der aber nicht nur positive Aspekte, sondern – vor allem im sozialen und gesellschaftlichen Bereich – auch negative Begleiterscheinungen eines modernen Wohlfahrtsstaates aufweist. Heute stellen sich, wie zum Abschluss Dr. Gerard Batliner ausführte

und Prinz Nikolaus antönte, Probleme der wirtschaftlichen und politischen Zukunft unseres Landes innerhalb von Europa.

Einflüsse aus dem Ausland

Bevor sich das Liechtenstein-Seminar mit den spezifischen Fragen des Gesellschaftswesens und des Steuerrechts befasste, gab Beat Peter, Rechtskonsulent der Verwaltungs- und Privat-Bank, einen allgemeinen Überblick über bankrechtliche Fragen in Liechtenstein. Nach seinen Worten hat Liechtenstein eine Rechtsordnung, die eigenes Rechtsgut mit starken österreichischen und schweizerischen Einflüssen verbindet, ganz abgesehen vom angelsächsischen Trust-Recht. Das Bankengesetz aus dem Jahre 1961 lehnt sich nach seinen Ausführungen grundsätzlich an die schweizerische Ordnung an, doch wurden Anpassungen an die Verhältnisse Liechtensteins vorgenommen, wodurch wesentliche Unterschiede entstanden seien. Die Sorgfaltspflichtvereinbarung, die zwischen der Regierung und dem liechtensteinischen Bankenverband geschlossen wurde, entspricht inhaltlich den entsprechenden Vereinbarungen in der Schweiz aus dem Jahre 1977. Aus seinem Referat wurde deutlich, dass Einflüsse aus der ausländischen Gesetzgebung in unserem Land bestehen, doch fehlt offenbar ein fundierter Rechtsvergleich, der die Unterschiede umfassend aufdecken würde. (G.M.)

Teilnahme an Geburtstagsfeier

(paß) – Seine Durchlaucht der Erbprinz und Ihre Durchlaucht die Erbprinzessin nahmen an der Geburtstagsfeier anlässlich des 40. Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit Prinz Charles teil, welche Ihre Majestät die Königin Elisabeth II. und Seine Königliche Hoheit der Herzog von Edinburgh gestern Montag im Buckingham Palace gegeben haben.

Ausser dem Erbprinzenpaar waren auch Seine Majestät der König von Norwegen, Ihre Majestäten der König und die Königin von Spanien, Ihre Majestäten der König und die Königin von Schweden, Ihre Königlichen Hoheiten der Grossherzog und die Grossherzogin von Luxemburg anwesend.

Neue Interpretation der Efta-Regeln angestrebt

Bern (AP) Der Schweizer Bundesrat hat am Montag den EVD-Vorsteher Jean-Pascal Delamuraz mit der Leitung der Delegation an der Ministertagung der Efta vom 28. und 29. November in Genf betraut. Bei diesem Anlass wollen sich die Minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) auf eine neue Interpretation der Efta-Regeln einigen, um die negativen Auswirkungen von Regierungsbeihilfen zu verringern.

Im weiteren sollen die laufenden Arbeiten über die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens geprüft werden. Nach Angaben des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) geht es darum, die Grundlage zu schaffen, um die öffentlichen Märkte gegenseitig für den Wettbewerb zu öffnen. Im Verlauf der Tagung werden die Minister mit dem für Aussenbeziehungen und Handelspolitik zuständigen Mitglied der EG-Kommission, Willy de Clercq, zusammentreffen. Gemeinsam soll der Stand der Verwirklichung des Europäischen Wirtschaftsraumes erörtert werden, der sämtliche EG- und Efta-Mitgliedstaaten umfasst. Die Gespräche gelten laut EVD insbesondere den soeben abgeschlossenen Verhandlungen über die Vereinfachung der Ursprungsregeln, dem Verbot von Ausfuhrbeschränkungen, der gegenseitigen Notifizierung von Entwürfen technischer Vorschriften sowie der Anerkennung von Prüf- und Testzertifikaten.

Schliesslich wollen die Minister, einige Tage vor dem Treffen der Gatt-Vertragsparteien von Anfang Dezember in Montreal, einen Meinungsaustausch pflegen über die gesamten Arbeiten des Gatt im Rahmen der Uruguay-Runde.

Mit Nachdruck für Splügenbahn

St. Galler Regierung präsentiert Ostalpenbahn-Bericht

St. Gallen (spk) Die St. Galler Regierung setzt sich weiterhin «mit Nachdruck für eine Splügenbahn» ein, obwohl bei einem Grundsatzentscheid «Alpenbahn 2000» mit Anschluss der Südschweiz diese Eisenbahntransversale nicht in Frage komme. Das erklärte Regierungsrat Karl Mätzler am Montag. Im internationalen Vergleich sei dem Splügenbahn-Projekt insgesamt Vorzug einzuräumen.

Der Vorsteher des st. gallischen Volkswirtschaftsdepartementes präsentierte am Montag den Bericht der Kantonsregierung zu einem Postulat «Ostalpenbahn» vom Februar 1987. Als eigentlicher Rechenschaftsbericht soll das Papier nun der zuständigen grossrätlichen Kommission vorgelegt werden, um deren Meinung noch in die Neat-Vernehmlassung aufnehmen zu können.

Die Vernehmlassung über die Neue Eisenbahn-Alpentransversale läuft am 15. Januar 1989 ab. Eine Verlängerung der Frist durch Bundesrat Adolf Ogi, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, scheint nicht beabsichtigt.

Regierungsrat Karl Mätzler bezeichnete denn auch gegenüber der Agentur spk den schnellen Entscheid für eine Neue Eisenbahn-Alpentransversale als «Feuerwährung», bei der unter anderem die massgebliche Meinung der umliegenden Nachbarländer zu wenig berücksichtigt werden könne.

Die Splügenbahn ermögliche einen direkten und raschen Zugang zum bedeutenden Wirtschafts-Dreieck Stuttgart-Nürnberg-München sowie den oberitalienischen Regionen Lombardei, Ligurien und Emilia Romagna, in denen die Hälfte des gesamten Bruttoinlandsproduktes Italiens erarbeitet werden. Ausserdem würde die Splügenbahn eine über 200 Kilometer breite Lücke zwischen den bestehenden Transversalen Gotthard und Brenner schliessen sowie die Bahnanlagen der ganzen Ostschweiz wesentlich aufgewertet: «Die Splügenbahn ermöglicht insbesondere auch den Verlad von Lastwagen und Sattelschleppern, welche die Umwelt am stärksten belasten».

Festhalten an 28-Tonnen-Limite

Schweizer Bundesrat gegenüber Italien zu keinem Kompromiss bereit

Bern (spk) Der Schweizer Bundesrat hat am Montag ein weiteres Mal sein kompromissloses Festhalten an der 28-Tonnen-Limite im schweizerischen Strassenverkehr bekräftigt. Der Bundesrat ist bei der Gewichtslimite auch gegenüber Italien zu keinen Konzessionen bereit, wie sie am Wochenende in Zeitungsberichten in Aussicht gestellt wurden.

Am vergangenen Samstag berichtete der «Tages Anzeiger», dass im Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) in Erwägung gezogen werde, in den Verhandlungen zur Beilegung des Lastwagenkriegs mit Italien, in dem vorerst noch bis Ende Jahr Waffenstillstand herrscht, für italienische Wein-, Öl- und Milchtransporte 40-Tonnen-Bewilligungen in Aussicht zu stellen. Diese mögliche Aufweichung der bisherigen bundesrätlichen Position, an der 28-Tonnen-Limite nicht zu rütteln, sorgte dann am Wochenende für einen Pressewirbel und am Montag zu einer eingehenden Diskussion in der Bundesratssitzung. Wie Vizekanzler Achille Casanova im

Anschluss an die Bundesratssitzung vor der Presse erklärte, hält der Bundesrat nach wie vor an der 28-Tonnen-Limite fest, da eine Erhöhung weder mit den geographischen noch mit den technischen Begebenheiten des Strassenetzes in Einklang zu bringen seien. Ausserdem sei sie auch nicht mit der schweizerischen Umweltpolitik zu vereinbaren.

Schöner arbeiten mit LISTA

BB Center

A. BECK AKTIEGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL-9488 TRIEBEN
TELEFON 075/2 83 77

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Aulestrasse 74
Telefon 075 / 2 81 88